



02.06.2014 | Nr. 308/14

## **Johannes Callsen und Heike Franzen: Mehrheit der Deutschen erteilt rot-grün-blauer Bildungspolitik eine klare Absage**

CDU-Landtagsfraktionschef Johannes Callsen und die bildungspolitische Sprecherin Heike Franzen sehen in den heute (02. Juni 2014) im Rahmen der Bundespressekonferenz vorgestellten Ergebnissen einer von der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Auftrag gegebenen Studie eine klare Absage an die von SPD, Grünen und SSW in Schleswig-Holstein betriebene Bildungspolitik:

„Diese Studie erklärt die zunehmenden Proteste gegen Wendes Reformen. SPD, Grüne und SSW haben den Menschen lediglich einen Dialog vorgegaukelt, an dessen Ende die vollständige Umsetzung ihrer gegen den Willen der Bevölkerung gerichteten Bildungsideologie steht,“ erklärte Callsen in Kiel.

83 Prozent der befragten Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner sprechen sich in der Umfrage für den Erhalt des Gymnasiums aus. Eine überwiegende Mehrheit der Deutschen (82 Prozent) hält unterschiedliche Lehramtsausbildungen für die unterschiedlichen Schularten für erforderlich.

„SPD, Grüne und SSW sind auf dem völlig falschen Weg. Der von ihnen vorgesehene Einheitslehrer genießt keinerlei Unterstützung in der Bevölkerung. Die Menschen wollen Lehrer, die für ihre Schule ausgebildet sind und auf die individuellen schulischen Bedürfnisse der jeweiligen Schüler eingehen können. Nichts ist ungerechter, als die Gleichbehandlung von Ungleichen“, erklärte Franzen.

Dazu gehöre auch eine klare Rückmeldung an die Schülerinnen und Schulen über deren Leistungsstand. Ein klares Ja gibt es von den Befragten für die Notenvergabe an Schulen. 81 Prozent sind der Ansicht, dass Schüler für ihre Leistungen Noten erhalten sollen. Etwas mehr als drei Viertel (76 Prozent) wollen auch an der Klassenwiederholung festhalten, wenn die schulische Leistung eines Schülers nicht ausreichend ist. Zudem sieht eine große Mehrheit Förderschulen als einen wichtigen Bestandteil eines ganzheitlichen Bildungssystems. Nur eine sehr kleine Minderheit (6 Prozent) will ihre Abschaffung.

„Die Studie zeigt, wie sehr die Menschen in Deutschland ein differenziertes Schulsystem wollen, in dem Schülerinnen individuell gefördert und gefordert werden. Es besteht ein hohes Vertrauen in die unterschiedlichen Schularten. Diesem muss auch die Bildungspolitik Rechnung tragen. Statt Unsummen in ihre schlechte und nicht gewollte Reformpolitik zu stecken, sollten SPD, Grüne und SSW das Geld

besser in eine Stärkung der Unterrichtsqualität und die Vermeidung von Unterrichtsausfall stecken. Da gibt es wahrlich genug zu tun“, erklärte Franzen.